

Sieben starke europäische Regionen als Zugpferde

Utl.: Schausberger: Belgische Ratspräsidentschaft als Chance für mehr regionale Mitsprache in der EU / Treffen mit Prodi und Verhofstadt=

Salzburg (OTS) - Nicht länger auf die verstärkte Einbindung auf Europaebene warten will eine Gruppe von sieben konstitutionell starken EU-Regionen, darunter auch Salzburg. "Starke Regionen kommt im Integrationsprozess eine besondere Rolle zu, da sie durch ihre Gesetzgebungsrechte direkt dem Bürger verantwortlich sind. Wir wollen die kommende belgische Ratspräsidentschaft als Chance für mehr regionale Mitsprache in der EU nutzen", erklärte Landeshauptmann Dr. Franz Schausberger heute Montag, 19. März. Die belgische Region Flandern hat die Regierungschefs von Salzburg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Katalonien, Schottland und der belgischen Region Wallonien als "starke Freunde" ein-geladen, gemeinsam Forderungen für mehr regionale Mitbestimmung in der EU auszuarbeiten und durchzusetzen. Sie verstehen sich als Speerspitzen und Zugpferde im europäischen Regionalismus. Diese Gruppe der "R7", sieben Regionen mit umfangreichen innerstaatlichen Mitwirkungsrechten, arbeitet nun gezielt auf eine Weiterentwicklung des Subsidiaritätsprinzips in der EU, der Kompetenzverteilung zwischen EU, Mitgliedstaaten und den Regionen und die institutionelle Einbindung in die Union hin. Für die erste Maihälfte ist ein Treffen der sieben Regionenchefs mit dem belgischen Ministerpräsidenten Guy Verhofstadt und EU-Kommissionspräsident Romani Prodi geplant, bei dem die Regionen gezieltes Lobbying für die Einbringung dieser Anliegen in der Erklärung von Laeken betreiben wollen. Nach dem schwedischen Ratsvorsitz wird im Juli 2001 Belgien mit Verhofstadt als Ratspräsidenten die EU-Präsidentschaft übernehmen. Im Brüsseler Stadtteil Laeken werden die 15 Mitgliedstaaten am 15. Dezember 2001 die Rahmenbedingungen für die kommende, 2004 beginnende Regierungskonferenz festlegen, bei der die

EU einerseits nach innen (Institutionen, Kompetenzen) und nach außen (Erweiterung) weiterentwickelt werden soll.

Die Regionen erwarten sich besonders während der belgischen Ratspräsidentschaft wichtige Impulse bei der Mitsprache und eine Klärung von Zuständigkeitsfragen. Die belgischen Regionen werden dabei als Lokomotive dienen. Auf Grund der föderalen Struktur Belgiens werden seine Regionen den belgischen Staat in Ratstagungen vertreten. Zahlreiche formelle und informelle Ministerratstagungen werden von Politikern Flanderns, der Wallonie und der Region Hauptstadt Brüssel entsprechend der belgischen Kompetenzverteilung geleitet. Regionen wollen eigenständige Politik machen und verantworten

In Europa hat sich in den vergangenen Jahren ein engerer Kreis von starken Regionen entwickelt, die in erster Linie an institutionellen Fragen und an der Verteidigung der eigenen Handlungsspielräume der Regionen auch an zunehmenden Integrationsprozess interessiert sind. Im Selbstverständnis dieser Regionen steht weniger "Regionalpolitik mit EU-Geld" als "eigene Politik der Regionen" im Vordergrund. Bereits an den Regierungskonferenzen 1996 und 2000 nahmen regionale Politiker aus Belgien, Deutschland und Österreich an den Ministertagungen der Regierungskonferenzen teil.

Forderungen erfolgreich über mehrere Schienen einbringen

Bei der Vorbereitung der Regierungskonferenzen 1992 (Maastricht), 1996 (Amsterdam) und 2000 (Nizza) hat sich gezeigt, dass die Regionen dann erfolgreich sind, wenn sie sich auf gemeinsame Kernforderungen einigen und diese gleich lautend auf verschiedenen Ebenen präsentieren: etwa in der Versammlung der Regionen Europas ebenso wie im Ausschuss der Regionen oder innerstaatlich gegenüber den nationalen Regierungen sowie in sonstigen interregionalen Foren wie den

bayerisch-österreichischen europapolitischen Nachbartreffen. "Salzburg hat sich in den vergangenen Jahren in formellen und informellen Netzwerken für Regionalanliegen stark engagiert und dabei auch profiliert", erklärte der Landeshauptmann. Schausberger war zuletzt bei der Versammlung der Regionen Europas Sonderberichterstatter zur Regierungskonferenz. Schausberger und sein Vorarlberger Amtskollege Dr. Herbert Sausgruber vertraten bereits bei zwei Regierungskonferenzen die österreichischen Länder. Daneben hatte Salzburg die erste Delegationsleitung im Ausschuss der Regionen inne.

Als wichtigste Forderungen konnten durch die informellen Netzwerke die Schaffung des Ausschusses der Regionen (Maastricht), die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips im EU-Vertrag (Maastricht), die Vertretung eines Mitgliedstaates im Ministerrat der EU durch einen Länder (Regional-) Politiker in Angelegenheiten der Länderkompetenzen (Maastricht), die Aufwertung und Verselbstständigung des Ausschusses der Regionen (Amsterdam), die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips durch den Wegfall des Effizienzgrundsatzes (Amsterdam) und die Verankerung der AdR-Mitgliederzahl auf zirka 350 nach der Erweiterung (Nizza) sowie das politische Mandat als Voraussetzung und Beendigung des AdR-Mandats sechs Monate nach Verlust des politischen Amtes (Nizza) durchgesetzt werden.

Ein besonderer Erfolg für die österreichischen und deutschen Länder sei die Festlegung des Europäischen Rates, bis Dezember 2001 die Wege zu einer Kompetenzverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten vorzubereiten, betonte Schausberger. Bei der Regierungskonferenz 2004 soll diese Kompetenzverteilung beschlossen werden. Dieses Thema stellt für die Existenz der eigenen politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Länder eine Überlebensfrage dar. Aus diesem Grund engagiert sich Salzburg besonders in dieser Richtung.

Rückfragehinweis: Landespressebüro Salzburg

Dr. Roland Floimair
Tel.: (0662) 80 42 / 23 65

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0056 2001-03-19/10:15

191015 Mär 01

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20010319_OTS0056